



An die Fraktion Die Linke
Bezirksvertreterversammlung Berlin-Mitte
Rathaus Mitte
Karl-Marx-Allee 31

10178 Berlin

06. Oktober 2011

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Unverständnis haben die Berliner Naturschutzverbände BUND und NABU das Vorgehen rund um die Umgestaltungsmaßnahmen im Kleiner Tiergarten/Ottopark verfolgt. Trotz des formulierten Bürgerwillens und eines von den Mitgliedern der BVV noch am 15.09.2011 – also drei Tage vor der Abgeordnetenhauswahl – beschlossenen Moratoriums, wurden mit umfangreichen Baumfällarbeiten begonnen und vollendete Tatsachen geschaffen.

Nun ist das Vertrauen in das Bezirksamt und seine Verantwortlichen nachhaltig erschüttert. Während vor einer knappen Woche noch von einem runden Tisch die Rede war, scheint es nun so, als würde sich der Bezirk noch nicht mal mehr an seine eigenen Beschlüsse halten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie ein demokratisch legitimiertes Gremium durch seine eigene Exekutive – hier das Bezirksamt Mitte – ausgehebelt werden konnte.

Laut Planungen war für den Ottopark eine „behutsame Umgestaltung“ geplant. NABU und BUND haben sich klar geäußert, welche Punkte zu berücksichtigen sind:

- Schutz der vitalen und standsicheren geschützten Bäume. Es hat kein Baum aus Gestaltungsgründen gefällt zu werden.
- Es sind Ersatzpflanzungen zu leisten, die den ökologischen Verlust ausgleichen und nicht ein Defizit entstehen lassen.
- Für die Neuanpflanzungen ist die nachhaltige Pflege zu gewährleisten.
- Der Rückschnitt der Heckenflächen ist so zu gestalten, dass der Verlust an Niststätten minimiert wird. Die Auslichtung sollte aus diesem Grund so schonend wie möglich erfolgen.

Die Naturschutzverbände haben schon bei anderen Eingriffen in das öffentliche Grün bemängelt, dass die Interessen der Bürger nicht frühzeitig in die Planungen integriert wurden.



Die Folgen waren bislang immer teilweise heftige Proteste. Eigentlich hatte die BVV hier den richtigen Schritt unternommen und Gespräche angeboten sowie das Moratorium beschlossen. Doch entweder wurden sie von ihrem eigenen Bezirksamt ignoriert oder hatten auf eine unbrauchbare Beschwichtigung gesetzt. Beide Varianten sind nicht akzeptabel.

NABU Berlin und BUND Berlin fordern daher für die Zukunft eine frühzeitige und praxisorientierte Planung und Einbeziehung aller Akteure. Außerdem müssen Moratorien und Beschlüsse belastbar sein, dürfen nicht der reinen Beschwichtigung dienen und dürfen keine falschen Hoffnungen wecken.

Des Weiteren fordern die Verbände den Bezirk auf einen verbindlichen Termin für den avisierten Runden Tisch und den Teilnehmerkreis zu benennen.

Die Berliner Natur- und Umweltschutzverbände möchten mit diesem Schreiben ihr Unverständnis über diesen Vorgang zum Ausdruck bringen und bieten zum wiederholten Male ihre fachliche Unterstützung an:

Mit freundlichen Grüßen,

BUND Landesverband Berlin e.V.

NABU Landesverband Berlin e.V.

Für Fachfragen stehen zur Verfügung:

BUND Berlin e.V.

Christian Hönig
(030) 787900-58, hoenig@BUND-Berlin.de

Carmen Schultze
(030) 787900-12, schultze@BUND-Berlin.de

NABU Berlin e.V.

Anja Sorges
(030) 9860837-17, asorges@nabu-berlin.de

Karla Paliege
(030) 9860837-13, kpaliege@nabu-berlin.de